

Arbeitsheft 2

2. Tagung des 5. Landesparteitages

26. März 2017

Potsdam, Kongresshotel

Inhaltsverzeichnis

1	Zeitplan und Tagesordnung (NEU 2).....	3
2	ÄA2.2 NEU: Änderungsantrag zum Antrag A2.....	4
3	ÄA2.3: Änderungsantrag zum Antrag A2.....	5
4	A5: Änderung der Strukturierung des 1. Entwurfs zum Bundestagswahlprogramm	6
5	Kandidaturen	12

ENTWURF

Zeitplan und Tagesordnung (NEU 2)

09.30 Uhr	Eröffnung und Konstituierung <ul style="list-style-type: none">• Beschluss der Tagesordnung mit Zeitplan• ggf. Nachwahl des Tagungspräsidiums bzw. der Kommissionen
09.45 Uhr	Christian Görke, Landesvorsitzender DIE LINKE. Brandenburg
10.10 Uhr	Bericht der Mandatsprüfungskommission
10.15 Uhr	Ralf Christoffers, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Landtag Brandenburg
10.30 Uhr	Generaldebatte
11.30 Uhr	Vorstellung und Diskussion zum Konzept „Neue Wege übers Land“
12.30 Uhr	Behandlung der Anträge
13.00 Uhr	Mittagspause
13.45 Uhr	Susanne Hennig-Wellsow, Fraktions- und Landesvorsitzende DIE LINKE. Thüringen
14.00 Uhr	Bericht der Mandatsprüfungskommission
14.05 Uhr	Wahlen: Nachwahl Landesgeschäftsführung
14.30 Uhr	Behandlung der satzungsändernden und weiteren Anträge
15.15 Uhr	ggf. Wahlen: Landesfinanzrevisionskommission und Landesschiedskommission
15.30 Uhr	Schlusswort

Einreichende: Anke Schwarzenberg, Renate Harcke, Christian Görke, Hans-Jürgen Scharfenberg, Mario Dannenberg, Stefan Ludwig, Birgit Kaufhold, Kathrin Dannenberg und Bettina Fortunato, Stefan Ludwig

ÄA2.2 NEU: Änderungsantrag zum Antrag A2 „Brandenburg gestalten – Kommunale Selbstverwaltung und Demokratie stärken“

6 „es in Cottbus sowie Landkreisen mit Gemeinden, die zum angestammten Siedlungsgebiet der
7 Sorben/Wenden gehören, einen hauptamtlichen Beauftragten für Angelegenheiten der
8 Sorben/Wenden und - nach dem Vorbild von Spree-Neiße - einen Ausschuss für Angelegenheiten der
9 Sorben/Wenden gibt. Die betreffenden Landkreise sollen wie Gemeinden im angestammten
10 Siedlungsgebiet auch einen niedersorbischen Namen tragen.“

11

12 Begründung:

13 Die geltende Kommunalverfassung regelt, dass Gemeinden und Landkreise im angestammten
14 Siedlungsgebiet der Sorben/Wenden zusätzlich zu ihren sonstigen Aufgaben die sorbische/wendische
15 Kultur und Sprache im Rahmen des Sorben/Wenden-Gesetzes fördern - dieser Grundsatz beruht auf
16 der Landesverfassung (Art. 25: Rechte der Sorben/Wenden). Damit dieser Verfassungsgrundsatz auch
17 bei größeren Landkreisen, die zur Verringerung des Anteils der Sorben/Wenden an der Bevölkerung in
18 den Kreisen führen werden, weiter umgesetzt werden kann, muss das Land gesetzliche
19 Rahmenbedingungen schaffen.

ÄA2.3: Änderungsantrag zum Antrag A2 „Brandenburg gestalten - Kommunale Selbstverwaltung und Demokratie stärken“

20 Einfügung zusätzlicher Punkt nach Punkt 2:

21 3. die Repräsentanz von Frauen in den kommunalen Vertretungen gestärkt wird. Dazu wollen wir auf
22 der Grundlage einer Situationsanalyse sowie internationaler Erfahrungen u. a. eine Änderung des
23 Wahlrechts prüfen.

24 Begründung:

25 Es wurde bereits viel erreicht: 2018 begehen wir das 100. Jubiläum der Einführung des
26 Frauenwahlrechts, das Grundrecht auf Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern ist fest im
27 Grundgesetz verankert und der Staat hat den Auftrag, die Gleichberechtigung und Frauenrechte
28 tatsächlich durchzusetzen – sowohl im Grundgesetz als auch in der Brandenburger Verfassung und im
29 Koalitionsvertrag. Dennoch bleibt viel zu tun.

30 Almuth Hartwig-Tiedt, Staatssekretärin im Brandenburger Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und
31 Familie, hat in ihrer Rede beim Zweiten Paritätsforum des Bundesministeriums für Frauen am 15.
32 September 2016 auf die Situation in Brandenburg verwiesen, mit Schatten, aber auch Licht:

- 33 • Seit Anfang der 1990er Jahre stagniert der Frauenanteil im Bundestag sowie in den Landes- und
34 Kommunalparlamenten
- 35 • Es fehlen sowohl gesellschaftliche Rahmenbedingungen als auch Optionen zur paritätischen
36 Teilhabe von Frauen an politischen Entscheidungen
- 37 • Obwohl mit Stand Dezember 2014 37.000 mehr Frauen als Männer in Brandenburg leben, liegen
38 Dreiviertel der Kreistagsmandate in Männerhänden, in den Gemeindevertretungen sind es 77%
- 39 • Es gibt nur eine Landrätin und eine Oberbürgermeisterin
- 40 • Am Kabinetttisch sitzen heute drei Frauen und sieben Männer
- 41 • Immerhin sind auf Staatssekretärebene unterdessen 7 von 13 Frauen, 2011 waren es nur 27%
- 42 • 59% der auf Veranlassung des Landes besetzten Aufsichtsratsmandate werden von Frauen
43 wahrgenommen, bei Unternehmen mit maßgeblicher Landesbeteiligung sind es laut
44 Beteiligungsbericht von 2015 sogar fast 2/3
- 45 • Der Frauenanteil im Brandenburger Landtag war vor 10 Jahren schon mal bundesweit an der Spitze
46 mit 43% (Stand Dezember 2006, Studie zur Lebenssituation von Frauen in Brandenburg) und liegt
47 aktuell bei 36% (Landtag Brandenburg, 05/2016)
- 48 • Von den Brandenburger Mitgliedern des Bundestags waren 48% Frauen (Studie Lebenssituation
49 von Frauen in Brandenburg), aktuell sind es 32% (Deutscher Bundestag, 2016)

50 Trotz des zweiten Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms und eines ersten
51 gleichstellungspolitischen Leitbildes für Regierungshandeln in Brandenburg bleibt unstrittig, dass
52 mehr Frauen in der Politik gebraucht werden und die Frage gestellt werden müsse, wie das gelingen
53 kann. Z. B. über eine paritätische Besetzung von Gremien, die selbstverständlich werden muss. Über
54 Netzwerke wie die Berliner Überparteiliche Fraueninitiative oder Initiativen in Parteien, die mehr für
55 die Beteiligung von Frauen tun – zum Beispiel die LINKE Brandenburg mit ihrem gerade erst im
56 Landesvorstand beschlossenen Gleichstellungspolitischen Programms. Aber auch ein Paritätsgesetz
57 nach dem Vorbild der Regelungen zur Besetzung von Aufsichtsräten oder Änderungen der
58 Brandenburgischen Wahlgesetze sollten auf den Prüfstand. Darüber wird längst auch in anderen
59 Bundesländern - wie Bayern - diskutiert, u. a. über Festschreibung von Quoten auf Wahlvorschlägen.

60

A5: Änderung der Strukturierung des 1. Entwurfs zum Bundestagswahlprogramm

61 Der Landesparteitag möge beschließen:

62

63 Der Landesparteitag Brandenburg stellt an den Bundesparteitag einen Antrag zur Änderung der
64 Strukturierung des 1. Entwurfs zum Bundestagswahlprogramm.

65 Unser Alleinstellungsmerkmal als Partei, die sich konsequent gegen Kriege als Mittel der Lösung von
66 Konflikten einsetzt, muß im Programm deutlicher hervorgehoben werden.

67

68 Dazu schlagen wir 3 Änderungen vor: (blaue Schrift)

69

70 1. Änderung des Programmtitels:

71

72 aktuell: die Zukunft, für die wir kämpfen: Sozial. Gerecht. Für Alle

73 *neu:* die Zukunft, für die wir kämpfen:

74 *Leben in Frieden. Sozial. Gerecht. Für Alle.*

75

76 2. Änderung der Einführung: **Markierte Stellen** streichen

77

78 *Einführung beginnt neu: Frieden nach außen sichern.*

79 *Nach Ende des Kalten Krieges zwischen der NATO und Warschauer Vertrag im Jahr 1990 und
80 Folgejahren relativer Entspannung haben zahlreiche Kriege und Konflikte auf der Welt erneut einen*

81 *Kalten Krieg entfacht. Zwischen USA und Russland beginnt ein neues "Säbelrasseln". Auslöser dieser
82 Entwicklung war zum großen Teil die Ost-Erweiterung der NATO entgegen aller gegenüber Russland*

83 *getroffenen Vereinbarungen. Folgeerscheinungen dieser Entwicklung sind der Bürgerkrieg in der Ukraine
84 und die Abspaltung der Krim. Aus den Lehren zweier Weltkrieg müsste Deutschland in diesem*

85 *Zusammenhang eine besondere Verantwortung wahrnehmen und auf Entspannungspolitik setzen.
86 Stattdessen unterstützt Deutschland mit der politischen Mehrheit des Bundestags die Politik der USA*

87 *mit Worten und Taten. Deutschland gibt grünes Licht für die Verlegung von US-Kampfverbänden an die
88 Westgrenze Russlands und entsendet sogar Teile der Bundeswehr in diese Gebiete.*

89 *Gleichzeitig hintergeht Bundeskanzlerin Merkel die in den Koalitionsverträgen 2009 und 2013
90 getroffenen Festlegungen zum Abzug der amerikanischen Atomwaffen von deutschem Boden. Die*

91 *Bundesregierung stellt im Rahmen der Nuklearen Teilhabe finanzielle Mittel zu Modernisierung
92 deutscher Tornados als Trägermittel für diese Atomwaffen zur Verfügung. In der UNO steht Deutschland*

93 *auf der Seite der Staaten, die sich gegen internationale Verhandlungen zum weltweiten Verbot von
94 Atomwaffen aussprechen, währenddessen die Mehrzahl der UNO-Mitgliedsstaaten solche*

95 *Verhandlungen fordert. Die Wahl von Trump zum 45.US-Präsidenten macht die Zukunft in den
96 internationalen Beziehungen noch unberechenbarer. Die Welt steht schon wieder am Rand eines neuen*

97 *Krieges. Die Sicherung des Weltfriedens wird zur Hauptaufgabe für das Überleben der Menschheit. DIE
98 LINKE wird sich konsequent für Frieden einsetzen. Deutschland darf sich nie wieder an Kriegen*

99 *beteiligen, weder direkt noch indirekt. Wir fordern:*

- 100 • *den Rückzug der Bundeswehr von allen Auslandseinsätzen.*
- 101 • *den Stopp von Rüstungsexporten.*
- 102 • *Den Austritt aus der NATO und deren Auflösung.*
- 103 • *Schaffung eines europäischen Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands.*
- 104 • *Den Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland*
- 105 • *Die Zustimmung zu den in 2017 stattfindenden UNO-Verhandlungen zum weltweiten Verbot der*
- 106 *Atomwaffen.*

107 *Frieden nach innen sichern.*

108 *Wir kämpfen für eine Gesellschaft des friedlichen Miteinanders aller Bürger. Deutschland gehört zu den*
109 *reichsten Ländern der Welt. Dieser Reichtum kann es ermöglichen, das jeder Bürger in sozialer*
110 *Sicherheit lebt.*

111 Es liegt an uns allen. Wollen wir den oberen Zehntausend in diesem Land mehr Macht und Einfluss
112 geben und die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vertiefen? Oder wollen wir den Sozialstaat
113 stärken, neue und bessere Arbeit schaffen, für sichere Renten und ein gutes Leben für alle Menschen
114 kämpfen? Wollen wir weiter den Politikerinnen und Politikern vertrauen, die Ungleichheit von
115 Einkommen und Vermögen verantworten und die Gesellschaft spalten? Oder sind wir bereit, uns mit
116 den Reichen und Mächtigen anzulegen? Wollen wir Konkurrenzdruck, Angst und Verunsicherung
117 nachgeben oder stärker über unser Leben selbst bestimmen?

118 Wie wir diese Fragen beantworten, wird über unsere Zukunft und unser Zusammenleben entscheiden.
119 Wir, DIE LINKE, wollen eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt: Wir wollen ein Land, in dem Alle
120 ihren gerechten Anteil an der Gesellschaft haben. Wir wollen, dass alle Menschen frei von Armut sind
121 und keine Angst vor sozialem Absturz haben. Wir wollen, dass Menschen mit niedrigen und mittleren
122 Einkommen besser gestellt werden. Wir wollen ein Land, in dem Reichtum das ist, was Allen gehört:
123 öffentliche Bildung, Gesundheit, Kultur. Wir wollen das Öffentliche stärken. Wir wollen ein Land, in
124 dem alle Menschen gleichberechtigt zusammenleben unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten,
125 ihrer körperlichen Verfassung, ihrer Herkunft und sozialen Stellung, ihres Geschlechts, Alters oder
126 ihrer sexuellen Orientierung. In dem niemand ausgegrenzt wird. Dafür treten wir an. Gegen den Hass,
127 die Abschottung und die Vorurteile der Rechten. Für soziale Gerechtigkeit und Frieden und einen
128 Aufbruch der Demokratie.

129 Was wir wollen ist möglich, realistisch und bezahlbar. Wir kämpfen für einen grundlegenden
130 Richtungswechsel. Was steht dem entgegen?

131 Der Einfluss der Reichsten in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ist groß: Wer hat, dem wird gegeben.
132 Ihre Interessen und ihre Macht reichen um den Globus, befördern Freihandel und Konkurrenz und
133 Kriege, die zu Flucht und Vertreibung führen. Große Konzerne beherrschen zunehmend das Internet.
134 Der Zugang zu guter Bildung und Arbeit bleibt Vielen verschlossen. Die Kluft zwischen starken und
135 schwachen Regionen, reichen und armen Stadtvierteln vergrößert sich.

136 Deutschland ist das wirtschaftlich stärkste Land in Europa. Die Einkommen aus Unternehmen und
137 Vermögen sind seit Anfang des Jahrtausends Jahren um rund 30 Prozent gestiegen, die
138 Nettoeinkommen der Beschäftigten im Schnitt um drei Prozent. Wirtschaftliche Macht übersetzt sich
139 in politische Macht. Die Ungleichheit wird immer wieder neu hergestellt. Die Bundesregierung hat
140 daran nichts geändert und es auch nicht versucht. Im Mittelpunkt des deutschen
141 »Wirtschaftserfolges« stehen: gesteigerte Produktivität – durch mehr Druck auf die Beschäftigten und
142 mehr Automation – und prekäre, schlecht entlohnte Dienstleistungen. Für die, die den Reichtum
143 erarbeiten, bedeutet das: Sie haben davon nur mehr Druck, mehr Stress, mehr Erschöpfung, weniger
144 Lohn. Eine Politik, die sich daran bindet, die Bedingungen fürs Kapital möglichst günstig einzurichten,
145 führt zu immer neuen Krisen: wirtschaftlichen und sozialen

146 Die Bundesregierung stärkt den Finanzkapitalismus: in Deutschland, in Europa und weltweit.
147 Wohnungen, Lebensmittel, Gesundheit werden zu Märkten für die Spekulation. Die Gewinne kommen
148 nur einer Minderheit zugute. Die Folgen: Die Menschen in Deutschland leben unter ihren
149 Möglichkeiten. Die Politik der deutschen Regierung in Europa hat verheerende Folgen für die
150 Menschen. Die EU war ein Zukunftsprojekt des deutschen und europäischen Kapitals. Es wurde als
151 Hoffungsprojekt verkauft. Es ist heute in einer grundlegenden Krise. Dahin haben die
152 Sozialkürzungen Die Bundesregierung stärkt den Finanzkapitalismus: in Deutschland, in Europa und
153 weltweit. Wohnungen, Lebensmittel, Gesundheit werden zu Märkten für die Spekulation. Die Gewinne
154 kommen nur einer Minderheit zugute. Die Folgen: Die Menschen in Deutschland leben unter ihren
155 Möglichkeiten. Die Politik der deutschen Regierung in Europa hat verheerende Folgen für die
156 Menschen. Die EU war ein Zukunftsprojekt des deutschen und europäischen Kapitals. Es wurde als
157 Hoffungsprojekt verkauft. Es ist heute in einer grundlegenden Krise. Dahin haben die
158 Sozialkürzungen und Austerität und der Mangel an Demokratie geführt. Die deutsche Regierung spielt
159 eine zentrale Rolle dabei, die Europäische Union zum Wettbewerbsraum umzubauen.
160 Standortkonkurrenz, Druck auf die Löhne und den Sozialstaat und Freihandel sind aber weder im

161 Interesse der Menschen in Deutschland noch im restlichen Europa. Die Antworten der Mächtigen auf
162 die Krisen setzen auf mehr Abschottung, Aufrüstung und auf eine europäische Interventionsarmee.
163 Gleichzeitig wachsen Rassismus und Nationalismus und die Hetze gegen Menschen, die vor den
164 Folgen dieser Politik auf der Flucht sind.

165 Die deutsche Regierung spielt eine zentrale Rolle dabei, die Europäische Union zum Wettbewerbsraum
166 umzubauen. Standortkonkurrenz, Druck auf die Löhne und den Sozialstaat und Freihandel sind aber
167 weder im Interesse der Menschen in Deutschland noch im restlichen Europa. Die Antworten der
168 Mächtigen auf die Krisen setzen auf mehr Abschottung, Aufrüstung und auf eine europäische
169 Interventionsarmee. Gleichzeitig wachsen Rassismus und Nationalismus und die Hetze gegen
170 Menschen, die vor den Folgen dieser Politik auf der Flucht sind.

171 Wir wollen einen Neustart in Europa. Wir brauchen ein anderes Europa, mit neuen Verträgen, neuen
172 Strukturen, neuen Hoffnungen. Die neoliberale Politik von Privatisierung und Spekulation **und**
173 **Austerität** wollen wir beenden. **Wir wollen abrüsten und Waffenexporte verbieten.** Wir werden uns
174 niemals damit abfinden, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken oder in Tod und Folter abgeschoben
175 werden.

176 Wir wissen: Wir müssen die Ursachen bekämpfen, nicht die Symptome. Wir müssen **Krieg,**
177 **Waffenexporte und** die Ungerechtigkeiten in der globalen Wirtschaft beenden.

178 Nur DIE LINKE steht an der Seite von Armen und Erwerbslosen wie an der Seite der Geflüchteten. Wir
179 streiten für ein friedliches, solidarisches und demokratisches Europa. **Seit 1989 sind viele Kriege um**
180 **eine neue Ordnung der Welt und die Öffnung von Märkten für den Freihandel geführt worden. Sie**
181 **befördern Ausbeutung und globale Ungerechtigkeit, produzieren Leid und Zerstörung und treiben**
182 **Millionen von Menschen in die Flucht. Die deutsche Regierung hat zu dieser Entwicklung beigetragen.**
183 **Mit einem Rekord von Rüstungsexporten, auch in Krisengebiete. Wenn es um Rüstung und**
184 **Verteidigung geht, gilt für die Bundesregierung offensichtlich kein Sparzwang: Die Ausgaben im**
185 **Bundshaushalt sind massiv erhöht worden. Dringend notwendig wäre dagegen, friedliche**
186 **Konfliktlösungen zu stärken und die Ursachen von Flucht und Vertreibung zu bekämpfen.**

187

188 Mächtige Konzerninteressen verhindern auch, dass die Zerstörung des Klimas gestoppt wird. Sie
189 sichern ihre Profite, indem sie wirtschaftliches Wachstum auf Kosten von Natur und Umwelt
190 organisieren. Den Preis bezahlen andere. **Wir halten es mit Naomi Klein:** Kapitalismus oder Klima – wir
191 müssen uns entscheiden. Wir wollen die Erzeugung und den Verbrauch von Energie umweltverträglich
192 umbauen. DIE LINKE ist die einzige Partei, die für ein anderes Wirtschaftssystem eintritt: Menschen
193 vor Profite.

194 Wenn die Schere zwischen Arm und Reich sich öffnet, bedeutet das auch mehr Druck auf die in der
195 Mitte: Stress und Verunsicherung prägen den Alltag von vielen Menschen, bis weit in die Gesellschaft.
196 Sie erwarten wenig von der Zukunft, von der Rente, der Politik. Viele Menschen haben das Gefühl,
197 dass sie nicht bekommen, was ihnen zusteht. Und sie haben Recht. 25 Jahre lang haben die
198 verschiedenen Bundesregierungen die Gesellschaft entschert.

199 Notwendige Investitionen in das öffentliche Eigentum wurden zurückgehalten. Die Explosion der
200 Mieten in den Städten verschärft die Umverteilung zu Gunsten der Vermögenden. Eine bezahlbare
201 Wohnung zu haben, ist für viele zu einer Existenzfrage geworden. Verdrängung, Entmietung und
202 Verteuerung durch Herausmodernisieren sind an der Tagesordnung.

203 Die Städte sind der Spekulation anheimgefallen. Die Agenda 2010 und das Hartz IV-System haben
204 Millionen Menschen in den Niedriglohn gestoßen und zur Armut und Bevormundung verurteilt. Sie
205 wurden abgehängt. Die großen Parteien kümmern sich nicht um sie. Die Interessen der Reichen
206 wurden geschützt. Die Interessen der Mehrheit, die öffentliche Einrichtungen und Dienstleistungen
207 nutzt, wurden verkauft. Was wie die Schuldenbremse als Sparsamkeit angepriesen wird, erweist sich
208 als Dogma: Dringender Bedarf wird nicht mit Förderung und Investitionen beantwortet, selbst wenn im
209 Bundshaushalt Überschuss ist. Ungleichheit setzt sich fest: In der Schule wirkt die soziale Herkunft
210 wieder stärker: wer arm oder als Arbeiterkind reingeht, kommt auch so raus. So verspielt neoliberale
211 Politik die Zukunft und soziale Sicherheit der Menschen! Alt werden, Kinder bekommen, umziehen
212 müssen, krank werden, von Behinderung betroffen sein, die Arbeit verlieren: Das sind alltägliche
213 Risiken des Lebens. Sie machen heute oft Angst vor Armut. Wir leben in einem Land, in dem viele
214 Menschen arm sind. Wo Kinder sich zwischen der Klassenfahrt und dem Pausenbrot entscheiden

215 müssen und am Ende des Monats die Schlangen an den Tafeln länger werden. Das solidarische
216 Gewebe der Gesellschaft ist dünn geworden.

217 Wir leben in einem Land, in dem viele Menschen reich sind: Rund eine Million sind Millionäre. Auf ihre
218 Vermögen zahlen sie keine Steuern. Wir leben in einem reichen Land. Aber für viele Menschen ist
219 davon nichts zu spüren: Sie arbeiten, kommen aber kaum über den Monat. Die öffentlichen
220 Einrichtungen verkommen: In Schulen regnet es rein, oder es fehlt am Monatsende am Klopapier, in
221 den Hochschulen fehlt es in mancher Vorlesung an Platz zum Sitzen, Schwimmbäder und Bibliotheken
222 werden geschlossen, Brücken und Krankenhäuser werden nicht in Stand gehalten. Was an
223 öffentlichen Angeboten fehlt, muss privat bezahlt werden. Viele können das nicht. Das öffentliche
224 Eigentum schmilzt, das private war noch nie so ungleich verteilt wie heute.

225 Unsicherheit und die soziale Ungleichheit befördern die Suche nach Sündenböcken. Rechte Parteien
226 versuchen die Mobilisierung gegen die Schwächsten der Gesellschaft zu lenken. Rassistische Hetze
227 und Gewalt nehmen zu. DIE LINKE steht an der Seite derjenigen, die sich gegen Rassismus und für ein
228 solidarisches Miteinander einsetzen. Deutschland ist schon lange ein Einwanderungsland. Angst und
229 Sorge vor Konkurrenz wachsen, wo der Mangel herrscht. Rechte Parteien nutzen die Unsicherheiten
230 aus. Wir wollen für ein gutes Zusammenleben stärken, mit Allen, die hier leben: eine soziale Offensive
231 für Alle. Gegen einen rechten Kulturkampf, gegen die falschen Versprechen, dass es »uns« besser
232 geht, wenn es »den anderen« schlechter geht, wollen wir eine Gesellschaft, in der wir ohne Angst
233 verschieden sein können. Weil wir ein verlässliches soziales Netz der Gesellschaft und eine gerechte
234 Verteilung des Reichtums herstellen.

235 **Zeit für grundlegende Veränderungen**

236 Die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD hat auf Druck von Gewerkschaften und der LINKEN
237 einen Mindestlohn eingeführt, aber immer noch können viele Menschen von ihrer Arbeit nicht leben.
238 Wir haben immer noch einen größeren Niedriglohnssektor als die meisten westlichen europäischen
239 Länder. Die Regierung sorgt dafür, dass wenige bereits ab 63 in Rente gehen können, aber tut nichts
240 gegen die Altersarmut, die viele heute schon betrifft und in Zukunft explodieren wird. Die
241 Bundesregierung spricht darüber, reiche Erben zu besteuern, tatsächlich werden sie entlastet. Sie
242 beklagt die Flüchtlinge, aber sie exportiert weiter Waffen in Krisengebiete. Sie spricht von
243 internationaler Verantwortung und plant, die Ausgaben fürs Militär massiv zu erhöhen.

244 Wir kämpfen um jede Verbesserung im Alltag. Aber wir wissen auch, es braucht mehr als
245 oberflächliche Korrekturen. Denn: Ein System, das Menschen massenhaft in die Altersarmut schickt,
246 hat abgewirtschaftet. Mit einer bloß anderen Verwaltung der Gegenwart ergibt sich keine Zukunft.
247 Wenn wir keine Alternativen durchsetzen, zerstört der Kapitalismus zunehmend die Gesundheit der
248 Menschen, ihren sozialen Zusammenhalt und die Demokratie. Massenerwerbslosigkeit und Armut im
249 globalen Maßstab, Kriege, rechter und islamistischer Terror, Millionen Menschen, die vor Verfolgung,
250 Armut, Krieg und den Folgen des Klimawandels fliehen und ihre Heimat verlassen müssen – all das
251 zeigt: Der globale Kapitalismus führt zu immer mehr Verwerfungen und Krisen. Dieses System im
252 Interesse einer Klasse von Kapitaleigentümern und Superreichen widerspricht den Interessen der
253 Mehrheit der Menschen.

254 DIE LINKE kämpft daher für Alternativen zum Kapitalismus. Wir wollen einen neuen Sozialismus, einen
255 demokratischen, ökologischen, feministischen und lustvollen Sozialismus.

256

257 Gegen die geballte Macht von Unternehmen, Reichen und ihren politischen Parteien brauchen wir eine
258 Revolution der sozialen Gerechtigkeit. Statt einer Gesellschaft, in der zentrale Bereiche des Lebens
259 Profit, Wettbewerb und Privatisierung unterstellt werden, wollen wir: Eine Zukunft, für die es sich zu
260 kämpfen lohnt.

261 **Was wir dringend angehen:**

- 262 • Gute Arbeit und Löhne: Den gesetzlichen Mindestlohn erhöhen wir auf 12 Euro. Selbst die
263 Bundesregierung weiß: darunter reicht es nicht zum Leben und für eine Rente oberhalb der
264 Grundsicherung. Befristungen ohne sachlichen Grund und Leiharbeit werden abgeschafft. Die
265 Arbeit mit Menschen muss besser bezahlt werden!

- 266 • Armut abschaffen, statt die Armen zu bedrängen: soziale Garantien des Lebens. Wir schaffen
267 das Hartz IV-System ab und ersetzen es durch eine Mindestsicherung ohne Sanktionen und
268 Kürzungsmöglichkeiten in Höhe von 1.050 Euro.
- 269 • Das Rentenniveau muss wieder auf 53 Prozent angehoben werden. Das bedeutet für einen
270 durchschnittlichen Rentner oder eine durchschnittliche Rentnerin: rund 130 Euro mehr im
271 Monat. Wir wollen eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro.
- 272 • Mehr Zeit zum Leben statt schufteten bis zum Umfallen: Wir wollen die Rente ab 65 oder nach
273 mindestens 40 Jahren Beitragsjahren. Wir wollen Arbeit so umverteilen, dass nicht mehr die
274 einen in Stress und Überstunden untergehen und die anderen nicht so viel Arbeit finden, wie
275 sie wollen. Kürzere Vollzeit mit guten Standards: Wir wollen ein neues
276 Normalarbeitsverhältnis und ein Recht auf Feierabend. Und eine gerechtere Verteilung der
277 Tätigkeiten zwischen den Geschlechtern.
- 278 • Wir wollen ein Programm für die Zukunft, das sich am Bedarf und den Bedürfnissen der
279 Menschen orientiert: Wir investieren in Bildung und Gesundheit, mehr Personal in Pflege und
280 Erziehung, in sozialen Wohnungsbau und einen sozialen und ökologischen Umbau der
281 Wirtschaft, in Barrierefreiheit. Wir wollen die Massenerwerbslosigkeit bekämpfen und neue
282 Arbeitsplätze in kurzer Vollzeit schaffen.
- 283 • Wir finanzieren dieses Zukunftsprogramm, indem wir Reichtum begrenzen: Vermögen
284 oberhalb einer Million Euro wollen wir besteuern, auch hohe Erbschaften.
- 285 • Auch in der Einkommensteuer wollen wir die unteren und mittleren Einkommen entlasten, die
286 oberen stärker belasten: Wir erhöhen den monatlichen Grundfreibetrag auf 1.050 Euro zu
287 versteuerndes Einkommen. Der Steuerverlauf wird abgeflacht bis 53 Prozent für die
288 Einkommen oberhalb von 70.000 Euro. Mit unserem Steuerkonzept werden Alle entlastet, die
289 weniger als 70.000 Euro zu versteuern haben. Wir sehen zwei Stufen einer gesonderten
290 Reichensteuer vor: 60 Prozent ab rund 260.000 Euro Einkommen und 75 Prozent ab einer
291 Million Euro.
- 292 • Stopp von Mieterhöhungen! Wir wollen sozialen und kommunalen und gemeinnützigen
293 Wohnungsbau stärken und ein Verbot der Spekulation mit Wohnraum.
- 294 • Statt der Zwei-Klassen-Medizin und dem unsozialen System der Zuzahlungen schaffen wir
295 eine solidarische Gesundheitsversicherung. Alle zahlen mit allen Einkommen ein, die Beiträge
296 sinken und die Versorgung wird besser für alle.
- 297 • Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen statt Flüchtlinge! Keine Waffenexporte und keine
298 Auslandseinsätze der Bundeswehr. Statt wie die Bundesregierung und die Europäische Union
299 auf Aufrüstung zu setzen, werden wir eine Friedens- und Entspannungspolitik einleiten.
- 300 • Wir wollen sichere Fluchtwege schaffen, damit das Sterben im Mittelmeer aufhört. Das Recht
301 auf Asyl und die Genfer Flüchtlingskonvention wollen wir wiederherstellen. Der schmutzige
302 Deal mit der Türkei muss aufgekündigt werden! n Wir wollen einen Neustart der Europäischen
303 Union. Dazu gehört, die Parlamente zu stärken und die Politik von **Austerität und** Freihandel
304 zu beenden.
- 305 • Wir wollen eine solidarische Einwanderungsgesellschaft: mit sozialer Sicherheit statt
306 Konkurrenz um Arbeitsplätze, Wohnungen und Bildung. Mit einer sozialen Offensive für Alle,
307 die den Zusammenhalt der Gesellschaft stärkt.

309 Dafür kämpfen wir in den Parlamenten, auf der Straße und in den Betrieben. Der Politik und
310 Gesellschaft eine neue Richtung geben, werden wir nicht alleine schaffen. Es gibt viel Wut und
311 Empörung – zu Recht. Vieles läuft falsch. Die gute Nachricht: Es muss nicht so bleiben. Es geht
312 anders, wenn wir es anders machen. Wir sind viele: Viele Menschen sind in Bewegung für gerechten
313 Welthandel, für eine Aufwertung von Sozial- und Erziehungsdiensten, für höhere Löhne im
314 Einzelhandel, für mehr Personal in Gesundheit und Pflege, für gute Arbeit und gegen Missbrauch von
315 Werkverträgen und Leiharbeit. Gemeinsam können wir das Land verändern. Auf jeden und jede
316 kommt es an.

317
318 3. Änderung der Reihenfolge der Kapitel: Kapitel XVI. wird zu Kapitel I.

319 **I. Nein zum Krieg. Für eine demokratische und gerechte Welt**

320

321 Alle anderen Kapitel folgen in bisheriger Reihenfolge.

322

323

324 Begründung

325

326 Die weltpolitische Lage hat sich in den letzten Jahren soweit verschärft, dass ein neuer Kalter Krieg
327 bereits zur Realität geworden ist. Die Gefahr einer militärischen Konfrontation zwischen NATO und
328 Russland ist durch die NATO-Osterweiterung und die laufenden Manöver der NATO an der Westgrenze
329 Russlands allgegenwärtig.

330 Aktuelle NATO-Strategien halten begrenzte Kriege - auch Nukleare für machbar. Dienten Atomwaffen
331 von 1945 bis 1990 ist erster Linie der gegenseitigen Abschreckung, fühlen sich die Atommächte -
332 insbesondere die USA und Russland heute in der Lage, diese Waffen zur Durchsetzung Ihrer
333 Interessen auch einzusetzen.

334 Der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Anan schätzt die Lage so ein: *"die Welt schlafwandelt einer
335 Katastrophe entgegen. Wir schlafen am Steuerknüppel eines sich schnell bewegenden Flugzeuges.*

336 *Wenn wir nicht aufwachen und die Kontrolle zurückerlangen, ist das Ergebnis allzu vorhersehbar."*

337 Wir müssen unserer Verantwortung als Friedenspartei gerecht werden und den Bürgern die Augen
338 öffnen, in welcher Gefahr wir uns alle befinden. Wer soll es sonst tun?

339 Frieden muss jetzt vor allen anderen Dingen stehen! Alles, was wir auf sozialem Gebiet erreichen
340 wollen, auch der im Programm erwähnte demokratische Sozialismus, ist nur möglich, wenn uns der
341 Frieden erhalten bleibt.

342 Deshalb müssen Frieden und Nein zum Krieg im Wahlprogramm und in unseren Aktivitäten an
343 ERSTER STELLE stehen.

344 Die bisherige Einordnung dieses Themas als vorletztes Kapitel im Entwurf des
345 Bundestagswahlprogramms ist der Bedeutung nicht angemessen.

Kandidaturen

Kandidatur zur Landesschiedskommission



Martin Schultheiß

geboren am 28.Dezember 1993

ledig

wohnt in Strausberg

Beruf/Tätigkeit: Wirtschaftsinformatiker (B.Sc.) / IT-Berater

E-Mail: info@martinschultheiss.eu

Politischer Werdegang

seit 2011 Mitglied bei DIE LINKE

seit 2013 Mitglied im Kreisvorstand Märkisch-Oderland (würde ich im Falle meiner Wahl niederlegen)

seit 2014 Stadtverordneter der Stadt Strausberg

Politische Funktionen

Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Strausberg

Mitglied im Aufsichtsrat der Strausberger Eisenbahn GmbH

stellv. Vorsitzender des Kreissportbundes Märkisch-Oderland e.V.

Begründung der Kandidatur

Durch meine Tätigkeit in der Schiedskommission eines Strausberger Großvereins konnte ich bereits einige Erfahrungen im Schlichten von Meinungsverschiedenheiten und im Verhandeln von Anträgen sammeln. Sowohl in diesem Ehrenamt als auch in meiner Parteiarbeit beschäftige ich mich gerne mit Fragen der Satzung und der verschiedenen Ordnungen.

In einer Partei muss man lebendig auch kontroverse Diskussionen führen können, ohne dafür belangt zu werden, aber sich gleichzeitig auch an die Satzung und die entsprechenden Beschlüsse der Gremien halten. Deshalb möchte ich gerne in der Schiedskommission unseres Landesverbandes mitarbeiten.